Heilloses Durcheinander

Kirche Ein vertraulicher Report offenbart Missstände im Bistum Essen. Die Diözese musste dem Finanzamt mehr als fünf Millionen Euro nachzahlen, die Staatsanwaltschaft ermittelt.

In der Welt des früheren Limburger Bischofs Franz-Peter Tebartz-van Elst gab es ein paar unverrückbare Gewissheiten. Eine davon lautete: Luxus, wem Luxus gebührt. Und so hatte sich der Gottesmann für den Umbau seiner Residenz bis zu 40 Millionen Euro gegönnt, finanziert vornehmlich aus Vermögen des Bischöflichen Stuhls. Öffentlich Rechenschaft über die Kostenexplosion ablegen wollte Tebartz-van Elst allerdings nicht.

Ein Sturm der Entrüstung fegte den Protzbischof im Jahr 2013 schließlich aus dem Amt, der Schaden für die katholische Kirche war enorm. Austragen mussten die Debatte über Prunk- und Verschwendungssucht geistlicher Würdenträger auch seine Bischofskollegen. Einige brachen mit Tebartz-van Elst, darunter auch der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck.

»Größtmögliche Transparenz« forderte Overbeck damals. Der Bischof versprach, »kirchliches Vermögen so verantwortungsvoll wie möglich zu verwalten und das auch offenzulegen«. Und so war Overbecks Bistum eines der ersten in Deutschland, das neben einem jährlichen Haushaltsbericht auch das Vermögen des Bischöflichen Stuhls und des Domkapitels veröffentlichte.

Für seine Transparenz- und Demutsoffensive hat Bischof Overbeck bundesweit viel Zustimmung erhalten. Doch nun tauchen Dokumente auf, die das Bistum Essen in Erklärungsnot bringen. Sie erwecken den Eindruck, als ob auch hinter den Gemäuern des reformeifrigen Ruhrpottbischofs die alten Abwehrreflexe des Klerus zum Vorschein kommen: vertuschen, verschleppen, verschleiern.

Es geht um fehlerhafte Steuererklärungen, um Nachzahlungen an das Finanzamt in Millionenhöhe, um ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Essen und um die Frage, warum die Verantwortlichen des Bistums erst im vorigen Sommer reagierten. Denn spätestens seit November 2018 waren sie zumindest teilweise über die chaotischen Zustände im eigenen Haus informiert.

Dem SPIEGEL liegt ein vertraulicher Bericht vor, den die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft RLT Ruhrmann Tieben & Partner für das Bistum Essen erstellt hat. Verfasst wurde er Anfang September 2020. Empfänger ist Generalvikar Klaus Pfeffer, der am Sitz des Bischofs Overbeck die Geschäfte führt.

Demnach hatte Monsignore Pfeffer die renommierte Essener Kanzlei damit beauftragt, die Steuererklärungen des Bistums der Jahre 2008 bis 2017 zu berichtigen und für 2018 vorzubereiten. Die Finanzexperten von RLT kamen in ihrem »Zwischenbericht« zu einem verheerenden Urteil. Nach ihrer Einschätzung müsse die Diözese für fehlerhaft erstellte Steuererklärungen inklusive Zinsen mehr als drei Millionen Euro Ertrags- und Umsatzsteuern nachzahlen.

Zudem hielten die Wirtschaftsprüfer einen »Strafzuschlag zwischen 10 und 15 Prozent pro Steuerart und Jahr« für unausweichlich, die Summe schätzten sie auf einen Betrag zwischen einer halben und einer Million Euro. Insgesamt, so die Kalkulationen, würde sich für das Bistum ein »voraussichtlicher kurzfristiger Liquiditätsbedarf« von knapp 4,7 Millionen Euro ergeben. Die Wirtschaftsprüfer rieten dem Generalvikar dringend dazu, im Etat auf die Schnelle fünf Millionen Euro freizuhalten.

Die Zeit drängte. Innerhalb von gerade einmal vier Wochen, bis spätestens Ende September, sollte das Geld an das Finanzamt überwiesen sein. Die Geschäftsleitung des Bistums müsse davon ausgehen, so steht es in dem Report, dass die Finanzverwaltung die revidierten Steuererklärungen als Selbstanzeige werten werde. »Die Gefahr der Einleitung eines Strafverfahrens«, warnten die Prüfer, »ist überwiegend wahrscheinlich.«

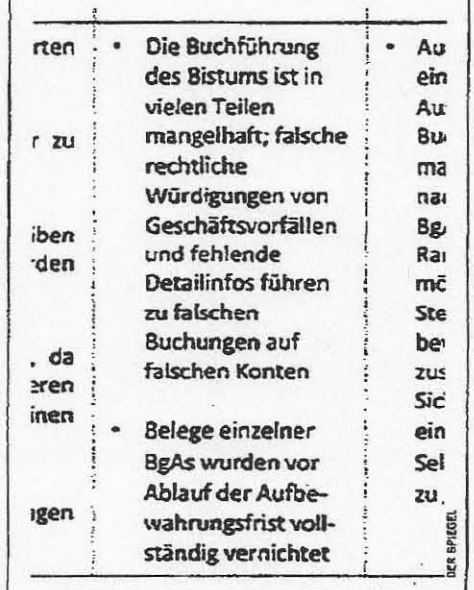
Um das zuständige Finanzamt Essen Nordost auf die Steuererklärung vorzubereiten, empfahlen die Gutachter dem Generalvikar eine vorzeitige »Aufnahme von informellen Gesprächen«, möglichst mit dem Finanzamtsvorsteher. Der Teilnehmerkreis sei wegen der Brisanz der Angelegenheit »eher klein und fein« zu halten.

So wie es die Wirtschaftsprüfer von RLT darstellen, muss in der Finanzverwaltung der Diözese ein heilloses Durcheinander geherrscht haben. Die Buchführung sei »in vielen Teilen mangelhaft«, heißt es in dem Papier. Auch zur fachlichen Kompetenz fiel den Gutachtern nur wenig Schmeichelhaftes ein: »Falsche rechtliche Würdigungen von Geschäftsvorfällen und fehlende Detailinfos führen zu falschen Buchungen auf falschen Konten.« Selbst das Einmaleins einer ordentlichen Geschäftsführung – bestimmte Unterlagen zehn Jahre lang zu archivieren – sei teilweise missachtet worden: »Belege wurden vor Ablauf der Aufbewahrungsfrist vollständig vernichtet.«

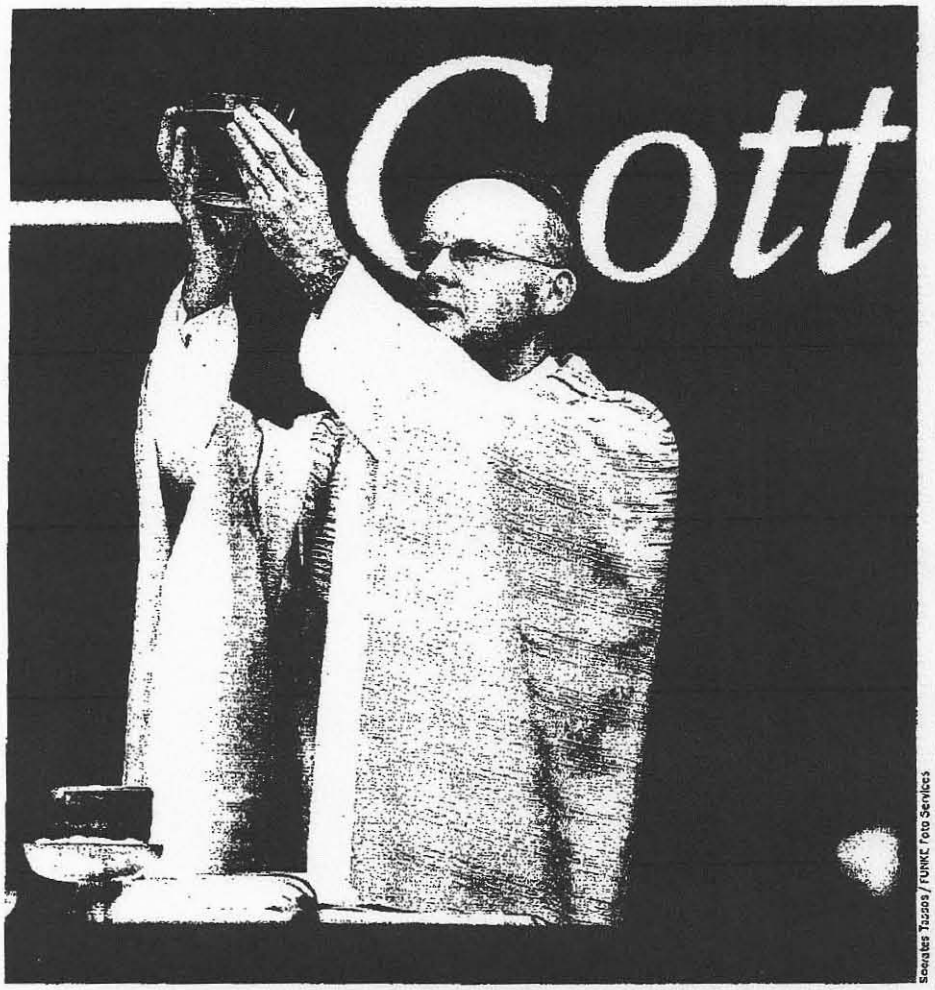
Das Bistum Essen schlampte demnach etwa bei den Steuererklärungen für seine »Betriebe gewerblicher Art«. Dazu gehören Bildungshäuser wie die Katholische Akademie »Die Wolfsburg«, ein prächtiges Jugendstilgebäude nahe der Ruhr in Mülheim. Aber auch ein Mietshaus in der Kettwiger Straße, der größten Einkaufsmeile Essens unweit des Doms, wird in dem Report aufgeführt.

Demnach machte die Diözese mal bei den Mieteinnahmen zu Unrecht Vorsteuererbeträge von fast 800 000 Euro geltend, mal verbuchte sie offenbar Freiwilligendienste für die Caritas falsch, für die eigentlich Umsatz- und Ertragsteuern in Höhe von bis zu 680 000 Euro fällig gewesen wären; mal nahm das Bistum wie im Fall der Akademie »Die Wolfsburg« Dauerverluste in Kauf – und setzte damit die Gemeinnützigkeit und alle damit verbundenen Steuerprivilegien aufs Spiel.

So summierte sich das Desaster. Aus dem RLT-Gutachten geht hervor, dass die



Steuerreport des Bistums Essen (Ausriss)
Verheerendes Urteil der Wirtschaftsprüfer



Socrates Tzazos / FUNKE Foto Services

Essener Bischof Overbeck: Vernichtete Belege

Geschäftsleitung des Bistums spätestens im November 2018 von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft aus Münster zumindest in Teilen über die mangelhaften Steuererklärungen der vergangenen zehn Jahre informiert worden war.

Doch fast zwei weitere Jahre verstrichen. Diese Wegducktaktik könnte die Verantwortlichen nun in Bedrängnis bringen. Die Eröffnung von Strafverfahren gegen die »aktuelle und vergangene Geschäftsleitung« sei »wahrscheinlich«, hielten die Gutachter von RLT fest.

Ein Sprecher des Bistums Essen bestätigte auf SPIEGEL-Anfrage, dass die Diözese am 28. September des vorigen Jahres beim Essener Finanzamt berichtigte Steuererklärungen für die Jahre 2008 bis 2017 eingereicht hat. Für 2018 seien aufgrund der erstmaligen Abgabe keine Korrekturen nötig gewesen. Dabei überwies das Bistum wesentlich mehr Geld, als die Prüfer von RLT noch im Zwischenbericht veranschlagt hatten: 4,4 Millionen Euro Steuerzahlungen sowie 1,4 Millionen Euro Zinsen. Die Höhe der Strafzuschläge, so der Bistumssprecher, habe das Finanzamt noch nicht festgesetzt.

Auf Nachfrage erklärte die Diözese zudem, dass die Staatsanwaltschaft Essen ein Ermittlungsverfahren gegen Generalvikar Pfeffer als Vertreter des Bistums eingeleitet habe. Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft bestätigte dies, die Behörde ermittele »steuerliche Belange des Bistums Essen«. Gegen weitere ihrer Vertreter werde ihrer Kenntnis nach nicht ermittelt, teilte die Diözese mit. Vor Abgabe der korrigierten Steuererklärungen habe es keine informellen Gespräche mit den Finanzbehörden gegeben.

Den Zeitraum von fast zwei Jahren zwischen ersten Hinweisen auf fehlerhafte Steuererklärungen und der Korrektur Ende September 2020 begründete Generalvikar Pfeffer gegenüber dem SPIEGEL damit, dass zunächst nur »Teilergebnisse« vorgelegen hätten. Eine »abschließende Bewertung« sämtlicher Bereiche gewerblicher Art sei erst im Juli 2020 erfolgt. Maßstab zur Abgabe der Erklärungen seien »Sorgfalt und Vollständigkeit« gewesen.

Es zeigt sich wieder einmal die Schwäche des Klerus, mit eigenen Fehlern umzugehen.

Der Generalvikar erklärte zudem, dass nun »ein Bündel an Maßnahmen auf den Weg gebracht« worden sei, um des Steuerchaos im Bistum Herr zu werden. Demnach würden »strukturelle und prozessuale Anpassungen« vorgenommen sowie eine »fachliche Verstärkung im Bereich Steuern und die Sensibilisierung und Schulung von Mitarbeitenden« umgesetzt. Die Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft RLT äußerte sich auf Nachfrage nicht zu ihrem Report für das Bistum Essen.

Die Enthüllungen über das unprofessionelle Wirtschaften lenken den Blick erneut auf die Schwäche des Klerus, mit eigenen Fehlern umzugehen. Das zeigt sich derzeit besonders bei der Aufarbeitung zahlreicher Fälle sexuellen Missbrauchs, die von einflussreichen Kirchenfürsten wie dem Erzbischof von Köln verschleppt wird. Die Folge: Zu Hunderttausenden verlassen Gläubige die katholische Kirche.

Das gilt auch für das Bistum Essen. Allein seit 2010 traten im Ruhrbistum mehr als 50 000 Katholiken aus der Kirche aus, Ende 2019 lag die Zahl der Mitglieder nur noch bei knapp 740 000, so wenige wie nie zuvor. Und weil das Essener Bistum, das erst 1958 gegründet wurde, keine Kirchengüter, Wälder, Wiesen, Äcker oder Weinberge besitzt, hängt es wie kaum ein anderes am Tropf der Kirchensteuer.

Je fahrlässiger die Diözese also mit dem Vertrauen der Gläubigen spielt, desto größer die Gefahr, dass diese ihren Gemeinden den Rücken zuwenden – und das Bistum damit in finanzielle Nöte stürzen, wie sich im jüngsten Haushaltsbericht nachlesen lässt. Bei Kirchensteuereinnahmen von knapp 241 Millionen Euro machte das Bistum Essen im Jahr 2019 einen Verlust von fast 18 Millionen. Umso gravierender, dass wegen des Steuerchaos nun auch noch mehr als 5,8 Millionen Euro an das Finanzamt gezahlt werden mussten.

Der Essener Bischof Overbeck teilte auf Anfrage mit, es habe für das Bistum »keinen Zweifel« gegeben, dass man die Öffentlichkeit über die Steueraffäre informieren werde. »Allerdings wollten wir zunächst die Aufnahme des Verfahrens durch die Behörden und die Ergebnisse der noch andauernden Prüfung durch die Finanzbehörden abwarten.« Dies sei ein Fehler gewesen, so Overbeck: »Aus heutiger Sicht hätten wir die Öffentlichkeit früher informieren können und müssen. Das bedauere ich.«

Rafael Buschmann, Michael Wulzinger